

Beschluss des Landrats vom 22.05.2025

Nr. 1163

38. Mehr Praxisbezug in der Primarschulbildung – neuer Ausbildungsweg für Lehrpersonen ist dringend notwendig – Einführung einer dualen Ausbildung

2025/101; Protokoll: pw

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen und beantrage dessen Abschreibung. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Karl-Heinz Zeller (Grüne) dankt dem Regierungsrat für die Stellungnahme. Möchte jemand etwas Neues – in diesem Fall eine neue Ausbildung für Primarlehrpersonen –, dann findet man auch immer Argumente dagegen. Persönlich möchte Karl-Heinz Zeller eine Veränderung in der Ausbildung der Primarlehrpersonen anstossen. Auf eine Motion hat er verzichtet, damit zuerst die Fragen im Rahmen eines Postulats geklärt werden können.

Zu einzelnen Fragestellungen, die in der Stellungnahme aufgenommen wurden: Das Postulat fordert nicht, dass der Ausbildungsgang auf eine EDK-Anerkennung verzichten soll. Vielmehr soll angestrebt werden, dass in der ganzen Schweiz unterrichtet werden kann. Karl-Heinz Zeller ist klar, dass die aktuellen EDK-Bestimmungen dies nicht zulassen würden. Möchte man jedoch etwas Neues, sollte man sich nicht an alten Bestimmungen messen, sondern sich dahingehend Gedanken machen, ob diese noch richtig sind. Wie wohl nicht allen bekannt sein wird, unterscheiden sich die Bachelor der verschiedenen Fachhochschulen. Es gibt Fachhochschulen, mit deren Bachelor kein Sport, Gestalten oder Musik unterrichtet werden kann. An anderen Fachhochschulen gilt der Bachelor nur für den Kindergarten oder die Primarschulen oder die Unterrichtsbefähigung gilt nur bis zur dritten Klasse oder es wird eine Befähigung für den ersten oder zweiten Zyklus verliehen. Es gibt also in der Lehrpersonenausbildung bereits heute unterschiedliche Bachelor.

Karl-Heinz Zeller möchte, dass die Einführung eines um ein Jahr verlängerten Bachelors geprüft wird, bei dem mehr Praxisbezug enthalten wäre. Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme, dass dies zusätzlichen Aufwand für die Schulen mit sich bringen würde. Das stimmt. Die KMU und die Wirtschaft bilden ihre Lernenden jedoch seit Jahren aus und leisten dafür einen grossen Aufwand, zeigen viel Engagement und tragen eine grosse Verantwortung. Karl-Heinz Zeller vertritt als Schulleiter einer Primarschule die Haltung, dass die Schulen die Ausbildung ernstnehmen und ihren Beitrag leisten sollten. Er hört häufig, die jungen Lehrpersonen würden von der Fachhochschule nicht richtig ausgebildet. Sind die Schulen in der Verantwortung, können sie selber für eine gute Ausbildung sorgen.

Karl-Heinz Zeller möchte, dass der Regierungsrat die Möglichkeit einer solchen dualen Ausbildung prüft, und dankt für die Unterstützung.

Miriam Locher (SP) dankt für die Argumente. Die SP-Fraktion sei geteilter Meinung. Einige unterstützen das Anliegen, andere nicht. Miriam Locher ist damit einverstanden, dass die Schulen auch Verantwortung tragen sollen. Aber: Die Belastung an den Schulen ist bereits heute enorm. Würden die Schulen im Bereich der Ausbildung mehr Verantwortung übernehmen, müsste entsprechend die Ressourcenfrage gestellt werden. Miriam Locher ist froh, dass Karl-Heinz Zeller eine EDK-Anerkennung anstrebt. Dies verleiht dem Anliegen mehr Gewicht, weil ein Alleingang des Kantons aus Sicht der SP-Fraktion nicht zielführend wäre.

Matthias Liechti (SVP) betont, das Mehr an Praxisbezug sei Wasser auf die Mühlen der SVP-Fraktion. Die EDK-Anerkennung ist für die SVP sakrosankt. Es sollte kein Geld in eine Ausbildung von Lehrpersonen investiert werden, wenn am Ende das Diplom nicht schweizweit anerkannt wird

– mit dem Thema «Baseland-First» soll nicht begonnen werden. Da die EDK-Anerkennung im Postulatstext fehlt, kam die SVP-Fraktion grossmehrheitlich zum Schluss, dem Regierungsrat zu folgen und der Überweisung mit anschliessender Abschreibung zuzustimmen. Dies mit der Idee, dem Regierungsrat auf einem anderen Weg den Auftrag zu erteilen, sich via EDK für einen solchen Studiengang einzusetzen, wodurch es sich um keinen Alleingang des Kantons Basel-Landschaft handelt. Basel-Landschaft ist gemeinsam mit den Kantonen Basel-Stadt, Aargau und Solothurn Träger der FHNW, das heisst der alte Studiengang müsste bei einem Alleingang weiter beibehalten werden, was zu höheren Kosten führen dürfte. Zudem sollte bei alledem auch der finanzielle Aufwand mitberücksichtigt werden, der auf die Gemeinden zukommen könnte. Dies müsste vertieft, auch gemeinsam mit dem VBLG angeschaut werden.

Marc Scherrer (Die Mitte) ist auch der Meinung, dass es bei den Lehrpersonen deutlich mehr Praxisbezug braucht. Die Mitte-Fraktion wird den Vorstoss unterstützen. Es soll aber das Anliegen mitgegeben werden, dass es keine Insel-Lösung geben soll. Eine EDK-Anerkennung sollte angestrebt werden. Ob eine solche erreicht werden kann, ist zwar offen, aber insgesamt enthält der Vorstoss viele interessante Fragestellungen, über die sich eine Diskussion lohnen würde. Die Überweisung erfolgt verbunden mit der Hoffnung, dass der Regierungsrat den Kunstkniff schafft, eine Lösung zu finden, die erträglich ist für alle Anspruchsgruppen.

Caroline Mall (SVP) hat grosse Freude an den Voten der beiden Vorredner. Der Überweisung und dem Stehenlassen des Postulats sollte eigentlich nichts mehr entgegenstehen. Caroline Mall hat beim Lesen der Stellungnahme des Regierungsrats erneut feststellen müssen, dass es in der EDK – einer Behörde, die ihr persönlich schon länger sauer aufstösst – wohl ganz viele Theoretiker und keine Praktiker gibt. Das Thema Praxisbezug der zukünftigen Lehrpersonen ist eine Never-Ending-Story. Im Rahmen der Berichterstattung und des Leistungsauftrags der FHNW wird dies immer wieder diskutiert und auch versprochen, aber kommen tut gar nichts. Ergo handelt es sich beim vorliegenden Postulat um einen zukunftsgerichteten Vorstoss. Caroline Mall möchte zwar auch keine Insel sein, aber weshalb sollte der Kanton Basel-Landschaft nicht einmal mit einer guten, knackigen Idee in der Bildungslandschaft voranschreiten? Dies damit die EDK vielleicht mal aufwacht und den Handlungsbedarf an den verschiedenen Ecken erkennt. Es würde eine ganz neue Dynamik entstehen. Die Bereitschaft von Regierungsrätin Monica Gschwind, dem Postulat eine Chance zu geben, wäre entsprechend wichtig. Basierend auf der Auslegeordnung könnte der EDK allenfalls mal etwas stärker auf die Füsse getreten werden. Caroline Mall durfte zwar die Damen und Herren der EDK noch nie persönlich kennenlernen, aber es würde ihnen wohl gut tun, zu verstehen, was Praxis wirklich bedeutet. Die Rednerin macht beliebt – auch in ihrer Fraktion – dem Postulat eine Chance zu geben.

Christina Wicker-Hägeli (GLP) sagt, man habe sich vor vielen Jahren dazu entschieden, den Lehrpersonenberuf zu akademisieren. Für sie ist der Lehrpersonenberuf jedoch eigentlich ein vielseitiges Handwerk. Die Lehrpersonen müssen unterrichten, Wissen vermitteln, basteln, Ausflüge organisieren, Elterngespräche führen etc. Wer ein Handwerk lernt, hat bekanntlich viel Praxis. Mehr Praxisbezug wird letztlich auch von den Studierenden gewünscht, um nicht nach einem reinen Hochschulstudium einfach vor eine Klasse gestellt zu werden. Die GLP-Fraktion wird das Postulat überweisen und ist gegen dessen Abschreibung, damit das Anliegen geprüft und diskutiert werden kann.

Thomas Eugster (FDP) führt aus, auch für die FDP-Fraktion sei der Praxisbezug sehr wichtig und sie unterstütze dessen Stärkung. In der fraktionsinternen Diskussion war die EDK-Anerkennung ein zentraler Punkt. Da keine Insel-Lösung gewünscht ist, wurde für Überweisung und Abschreibung plädiert. Nun mit dem Wissen, dass eine EDK-Anerkennung auch für den Postulanten eine

Voraussetzung ist, wird Thomas Eugster persönlich das Postulat stehenlassen, wie vielleicht auch noch andere Fraktionsmitglieder. Eine Auslegeordnung zur Frage, wie der Praxisbezug erhöht werden könnte, ist sinnvoll. Dabei gilt es die von Matthias Liechti genannten Punkte wie Kosten etc. mitzuberücksichtigen.

Gzim Hasanaj (Grüne) hat den Eindruck, dass es sich der Regierungsrat mit seiner Stellungnahme etwas zu leicht gemacht habe. In der FHNW gibt es in anderen Studiengängen bereits funktionierende Studienmodelle, die in die vom Postulat gewünschte Richtung gehen. Im Studium der Sozialen Arbeit und der Sozialpädagogik gibt es jeweils drei Studienmodelle: Das Vollzeitstudium, das berufsbegleitende Studium, das vier Jahre dauert und parallel dazu bereits im Beruf gearbeitet wird, und das Teilzeitmodell, bei dem in einem fremden Beruf gearbeitet werden kann, um das Studium zu finanzieren. All diese Studienmodelle werden mit einem eidgenössisch anerkannten Bachelor abgeschlossen. Innerhalb der FHNW bestehen somit bereits solche Modelle und es wäre somit möglich, ein solches auch für die Lehrpersonenausbildung zu entwickeln. Gzim Hasanaj hat den Verdacht, dass in der Pädagogischen Hochschule der Modulaufbau und die Modulorganisation ein wenig zu statisch ist und zu wenig Spielraum zulässt. So hatten sich die Studierenden vergangenen Sommer auch in ihrer Not in einem Schreiben an den Landrat gewandt, um auf die Probleme bei der Belegung der Module aufmerksam zu machen. Umso mehr sollte wirklich einmal hingeschaut werden. Der Regierungsrat sollte das Anliegen ernstnehmen, dieses prüfen und nicht einfach leichtfertig Abschreibung beantragen. Gzim Hasanaj bittet um Unterstützung.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) kann versichern, dass der Regierungsrat die Stellungnahme nicht leichtfertig verfasst habe. Man muss sich bewusst sein, woher man kommt. Früher erfolgte die Lehrpersonenausbildung an den Seminaren. Anfangs der 2000er-Jahre wurde dann beschlossen, dass die Ausbildung aufgewertet werden soll. In der Zwischenzeit ist viel passiert. Der Praxisbezug ist wichtig – auch Regierungsrätin Monica Gschwind. Die PH FHNW hat deshalb vor noch nicht allzu langer Zeit das Partnerschul-Modell geschaffen, bei dem die Studierenden in den verschiedenen Phasen – Basisphase, Partnerschulphase, Fokusphase – Praktika an den Schulen haben und dort üben können, das theoretische Wissen in die Praxis umzusetzen. Die PH ist eine eigene Hochschule und nicht vergleichbar mit den anderen Hochschulen der FHNW wie beispielsweise der Hochschule für Soziale Arbeit, da die Voraussetzungen aufgrund der EDK-Vorgaben gänzlich andere sind. Der von Gzim Hasanaj gemachte Vergleich ist somit nicht möglich. Die FHNW ist die einzige Fachhochschule, welche die Pädagogische Hochschule als eine von zehn Hochschulen integriert hat.

Die Regierungsrätin ist bekanntlich sehr gerne kreativ. Als erstes müsste kreativ überlegt werden, wie eine solche praktische Ausbildung aussehen könnte. Eine erste Hürde wäre wohl – nebst der genannten Belastung für die Schulen und die Gemeinden – die Verlängerung des Studiums um ein Jahr. Die Studierenden wären darüber wohl nicht erfreut und die Verlängerung käme auch dem Lehrpersonenmangel nicht entgegen. Die zweite Hürde wäre die vierkantonale Trägerschaft der FHNW. Das heisst die anderen drei Kantone müssten vom Modell überzeugt werden, was wohl ziemlich schwierig werden dürfte. Die dritte Hürde ist die EDK, in der alle 26 Erziehungsdirektorinnen und -direktoren Einsitz nehmen. Regierungsrätin Monica Gschwind schätzt dieses Gremium und ist Teil des Vorstands. Sie weiss jedoch aus eigener Erfahrung – Basel-Landschaft hat schon mehrmals Anträge gestellt –, dass die Chance mit einem solchen Antrag schon nur durch den Vorstand zu kommen, minim ist. Basel-Landschaft kämpft seit Jahren für den PH-Zugang mit Berufsmatur. Der Weg ist sehr steinig. Man kommt zwar etwas vorwärts, aber es dauert Jahre.

Zusammengefasst: Der Regierungsrat beantragt nicht leichtfertig die Entgegennahme und Abschreibung. Er wollte nur aufzeigen, wie schwierig die Umsetzung des Anliegens wäre. Ohne EDK-Anerkennung kann das Ganze ohnehin vergessen werden. Die Chance, eine EDK-Anerkennung erwirken zu können, liegt aus Sicht von Regierungsrätin Monica Gschwind aber vielleicht bei 1 %.

Möchte der Landrat wirklich, dass so viel Arbeit in einen Vorstoss gesteckt wird, auch wenn der Weg wahrscheinlich nicht möglich sein wird?

Gzim Hasanaj (Grüne) erwidert, dass es zwar sein möge, dass die PH eine Besonderheit sei, aber vielleicht wäre es an der Zeit, diese Besonderheit nun aufzuheben. Diese bringt offensichtlich nur Probleme mit sich. Die PH ist die einzige Hochschule der FHNW, an der Studierende mit Berufsmaturität nicht zugelassen sind. Vielleicht müsste die PH von ihrem hohen «Besonderheits-Ross» herunterkommen und den anderen Hochschulen gleichgestellt werden. Letztlich erhalten die Studierenden aller Hochschulen ein eidgenössisch anerkanntes Diplom – einen Bachelor oder ein Master. Gzim Hasanaj versteht nicht, weshalb nur die PH-Studierenden etwas Besonderes sein sollen.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) erklärt, es sei die EDK, welche die Voraussetzungen für die Pädagogischen Hochschulen in der Schweiz formuliert. Die FHNW hat dies nicht in den eigenen Händen, sondern die EDK macht die Vorgaben, die erfüllt sein müssen, für einen Bachelor oder Master in der Ausbildung der Lehrpersonen.

Der Kanton Basel-Landschaft ist intensiv im Gespräch mit der PH FHNW und es konnte auch schon sehr viel erreicht werden. Im Studiengang Unterstufe- und Primarstufe werden aufs Studienjahr 2025/2026 wieder einige Anpassungen vorgenommen, welche die Anliegen aus der Praxis und in Bezug auf die Praxis aufnehmen. Es ist nicht so, dass die PH stur ist oder sich nicht bewegen würde. Es geht Schritt für Schritt vorwärts und es wird intensiv daran gearbeitet. Die schrittweise Anpassung der Studiengänge ist der richtige Weg. Mit dem Holzhammer vorgehen zu wollen und eine ganz neue Ausbildung zu entwickeln, wäre aktuell viel weniger gewinnbringend.

Caroline Mall (SVP) stellt fest, dass es im Prinzip möglich wäre. Die EDK verfolgt eine Strategie die weder visionär, noch praxisorientiert ist. Dies stört Caroline Mall seit Jahren. Vielleicht kann Regierungsrätin Monica Gschwind Auskunft darüber geben, wie erreicht werden kann, dass dieses Gremium den Parlamenten endlich mal zuhört? Regierungsrätin Monica Gschwind ist Teil des EDK-Vorstands und hat vorhin gesagt, sie schätze die EDK. Caroline Mall hingegen schätzt die EDK gar nicht, weil diese immer wieder Steine in den Weg legt, insbesondere bei der Ausbildung der Lehrpersonen. Caroline Mall würde die Mitglieder der EDK gerne mal alle an einem runden Tisch kennenlernen. Diese könnten sie dann auch selbstverständlich belehren und aufklären. Dem Postulat soll eine Chance gegeben werden, damit der Regierungsrat das Anliegen der Praxisorientiertheit in die EDK einbringt. Es bringt nichts, immer nur bei der PH zu stürmen. Vielmehr sollte sich auch die EDK endlich mal dem gesellschaftlichen Wandel, der Ausbildung, den jungen Menschen und den Berufsmaturandinnen und -maturanden anpassen. Aus Sicht von Caroline Mall haben die Mitglieder der EDK – Regierungsrätin Monica Gschwind und möglicherweise noch zwei drei andere ausgenommen – keine Ahnung.

Thomas Eugster (FDP) stellt fest, es gebe die Möglichkeit der lateralen Führung – diese wäre aber wohl bei der EDK schwierig. Regierungsrätin Monica Gschwind hatte vorhin ausgeführt, wie die Verhältnisse sind. Gegen die Mühlen der EDK und der anderen Kantone ist wohl nicht anzukommen. Dabei würde vermutlich einfach nur viel Energie verpuffen. Thomas Eugster ist es bei einem Stehenlassen des Vorstosses wichtig, aufzuzeigen, wie der Praxisbezug gestärkt werden kann – auch innerhalb der bestehenden Strukturen. Damit würde das Grundanliegen des Vorstosses ebenfalls umgesetzt.

Karl-Heinz Zeller (Grüne) dankt für die gute Diskussion und die unterstützenden Voten. Regierungsrätin Monica Gschwind hatte einmal davon gesprochen, dass es in der Lehrpersonenausbildung immer Pendelbewegungen gebe. Dabei ging es ihr um die Bewegung in Richtung Hochschu-

le. Ein Pendel geht aber immer auch wieder in die andere Richtung. Beim Vorstoss geht es genau um eine solche Pendelbewegung. Wie die Diskussion zeigt, wird das Anliegen – der verstärkte Praxisbezug – von allen mitgetragen. Lediglich über das «wie» wird diskutiert.

Der Vorstoss hat kein Copyright und kann entsprechend in allen Kantonsparlamenten eingereicht werden. Hoffentlich wird dies passieren, damit auch seitens anderer Parlamente in der EDK Druck gemacht wird, wie von Caroline Mall gefordert. Dann wird das Pendel in die andere Richtung schwingen.

Matthias Liechti (SVP) sagt, der SVP-Fraktion sei wichtig, dass sie nichts verhindern wolle. Die EDK-Anerkennung war für sie jedoch das Zünglein an der Waage. Kann der Auftrag des Vorstosses dahingehend erweitert oder mit der Tonspur beziehungsweise dem Protokoll mitgegeben werden, dann gibt es seitens SVP-Fraktion keine grossen Vorbehalte mehr. Vielleicht ist es auch eine Chance, dies als Brainstorming Idee in die EDK einzubringen. Wer weiss, vielleicht brennt das Thema in anderen Kantonen ebenfalls unter den Nägeln und es könnte so Wind in die Segel geholt werden, anstatt immer nur mit viel Gegenwind zu rechnen, der möglicherweise gar nicht vorhanden ist.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) möchte nochmals eine andere Pendelbewegung aufzeigen. Das Pendel bewegt sich derzeit nämlich eher stark in die Richtung, dass ein Master für die Primarlehrpersonenausbildung eingeführt werden soll. Dagegen wehrt sich Regierungsrätin Monica Gschwind entschieden. Dies rührt daher, dass es immer heisst, es gebe zu wenig Zeit, um die Elternarbeit zu behandeln, die Praktika auszubauen oder für Musik und Sport. Wäre für die Ausbildung ein Master erforderlich, könnte man nur noch mit gymnasialer Maturität an die PH. Dies kann nicht sein. Das Gesamte muss im Auge behalten werden.

Im Titel des Postulats heisst es «Einführung einer dualen Ausbildung». Wenn es darum geht, nochmals aufzuzeigen, wie der Praxisbezug innerhalb der bestehenden Strukturen gestärkt werden kann, wehrt sich Regierungsrätin Monica Gschwind überhaupt nicht gegen das Stehenlassen. Aber wenn es wirklich um die Einführung einer dualen Ausbildung geht und der Landrat den Vorstoss trotz der Stellungnahme des Regierungsrats stehen lassen möchte, dann wird um eine Skizze gebeten, wie dies aussehen könnte, damit nicht in die falsche Richtung gearbeitet wird.

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) stellt fest, dass sich Karl-Heinz Zeller bereits zweimal gemeldet habe und deshalb nicht mehr reagieren könne.

://: Mit 77:2 Stimmen wird das Postulat überwiesen und mit 47:31 Stimmen bei 1 Enthaltung stehen gelassen.
